



# IHK Forderungspapier zur Landtagswahl 2021

Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen der  
IHK Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz



Arbeitsgemeinschaft  
Rheinland-Pfalz

## Vorwort

Das Fundament für eine vitale und erfolgreiche Wirtschaft am Standort Rheinland-Pfalz muss durch die Landespolitik in zahlreichen Politikfeldern – beispielsweise Fachkräftesicherung, Infrastruktur oder Bürokratieabbau – weiterentwickelt werden, um wirtschaftliches Wachstum zu fördern und umgekehrt Hemmnisse zu beseitigen.

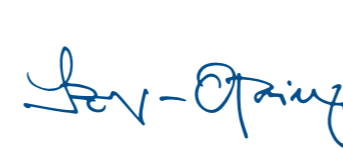
Die aktuelle Entwicklung um die Folgen des Coronavirus unterstreicht diese These. Auch und gerade weil derzeit nicht absehbar ist, in welchem Umfang der Coronavirus Betriebe treffen wird und welche Auswirkungen das auf Beschäftigung und den Arbeitsmarkt haben wird. Nur mit einer wirtschaftsfreundlichen, aktiven Standortpolitik kann es der Landespolitik gelingen, vorhandene Wachstumspotenziale zu erschließen, den Rahmen für eine kontinuierliche Prosperität zu legen und Antworten auf drängende Zukunftsfragen zu geben.

Eine dieser drängenden Zukunftsfragen ist der Klimaschutz. Die rheinland-pfälzischen Unternehmen investieren seit Jahren in ressourcen- und klimaschonende Technologien. Um Risiken für die rheinland-pfälzische Wirtschaft sowie die heimischen Arbeitsplätze abzuwenden, muss effizienter Klimaschutz im engen Schulterschluss zwischen Politik und Wirtschaft umgesetzt werden. Nur gemeinsam können substantielle Fortschritte in der internationalen Klimapolitik erzielt werden. Darüber darf aber nicht aus dem Blick geraten: Insbesondere für unseren standortverwurzelten Mittelstand gibt es neben dem Klimaschutz weitere große Handlungsfelder, wie etwa die im internationalen Vergleich hohe Steuerlast oder der Fachkräftemangel, die für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Regionen im Land von ebenfalls herausragender Bedeutung sind.

Der Mittelstand ist die tragende Säule der wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz. Er steht für über 99 Prozent der Unternehmen und beschäftigt knapp drei Viertel aller Arbeitnehmer. Damit ist der Mittelstand Rückgrat unserer Wirtschaft. Er muss nicht zuletzt auf politischer Ebene eine seiner überragenden ökonomischen und gesellschaftlichen Relevanz entsprechende Unterstützung erfahren – und zwar in allen politischen Handlungsfeldern.

Zur Landtagswahl 2021 geben die rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern Pfalz, Rheinhessen, Trier und Koblenz mit dem vorliegenden Papier wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen. Die IHKs zeigen auf, auf welchen Gebieten Handlungsbedarf besteht und mit welchen Weichenstellungen Beiträge zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes möglich sind. Wir sind davon überzeugt, dass Rheinland-Pfalz so besser für den weltweiten Wettbewerb der Standorte gerüstet ist.

Die Handlungsempfehlungen wurden auf Grundlage bereits beschlossener Grundsatzpositionen der IHKs entwickelt und sind mit den Vollversammlungsmitgliedern abgestimmt.



Susanne Szczesny-Oßing,  
Präsidentin  
der IHK Koblenz



Arne Rössel,  
Hauptgeschäftsführer  
der IHK Koblenz



Albrecht Hornbach,  
Präsident  
der IHK für die Pfalz



Dr. Tibor Müller,  
Hauptgeschäftsführer  
der IHK für die Pfalz



Dr. Engelbert J. Günster,  
Präsident  
der IHK für Rheinhessen



Günter Jertz,  
Hauptgeschäftsführer  
der IHK für Rheinhessen



Peter Adrian,  
Präsident  
der IHK Trier



Dr. Jan Glockauer,  
Hauptgeschäftsführer  
der IHK Trier

# Inhalt

Vorwort	2
<b>Berufliche Bildung und Fachkräftesicherung: Tragende Säulen der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen stärken</b>	<b>5</b>
Handlungsempfehlung der Wirtschaft	5
Leistungsangebote der IHKs	7
<b>Gründen, wachsen und erhalten: Damit aus Ideen starke Unternehmen werden</b>	<b>9</b>
Handlungsempfehlung der Wirtschaft	9
Leistungsangebote der IHKs	11
<b>Leistungsfähige Infrastruktur: Basis für Wachstum und Wohlstand</b>	<b>12</b>
Handlungsempfehlung der Wirtschaft	12
Leistungsangebote der IHKs	15
<b>Klima- und Energiepolitik: Nachhaltigkeit wirtschaftsverträglich gestalten</b>	<b>16</b>
Handlungsempfehlung der Wirtschaft	16
Leistungsangebote der IHKs	17
Impressum	19

## Berufliche Bildung und Fachkräftesicherung: Tragende Säulen der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen stärken

Die duale Ausbildung sowie die höhere Berufsbildung sind feste Größen der Fachkräftesicherung in der deutschen Wirtschaft. Auch die Unternehmen in Rheinland-Pfalz sind auf eine zukunftsorientierte duale Berufsausbildung angewiesen, um ihren Fachkräftebedarf zu decken und sich langfristig wettbewerbsorientiert und innovativ am Markt zu positionieren.

Bereits heute wird von den Unternehmen der zunehmende Mangel an Fachkräften als Top-Geschäftsrisiko bewertet. Der Arbeitsmarkt hat sich zu einem Bewerbermarkt gewandelt, begünstigt vor allem durch die demografische Entwicklung. In der Folge können Unternehmen immer weniger auf das berufspraktische Know-how zurückgreifen, dass sie dringend benötigen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

### Handlungsempfehlung der Wirtschaft

#### Digitale und ökonomische Grundkompetenzen früh vermitteln

Digitale Grundkompetenzen und ökonomisches Wissen gehören zur Ausbildungsreife junger Menschen. Die Vermittlung dieser Kompetenzen muss zukünftig noch mehr als bislang als Aufgabe der weiterführenden Schulen verstanden und in den Schulcurricula sowie in der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte verankert werden.

#### Mit Tablet und Co. digitale Kompetenzen vermitteln

Durch den Digitalpakt Bildung stehen dringend benötigte Mittel zur Digitalisierung der Schulen bereit. Allein damit ist aber noch kein besserer Unterricht gewährleistet. Zusätzlich müssen pädagogische Unterrichtskonzepte entwickelt und Lehrkräfte geschult werden, damit digitale Kompetenzen im Unterricht vermittelt werden. Erkenntnisse aus den sogenannten „Leuchtturm-Berufsschulen“ sollen schnellstmöglich landesweit praktisch umgesetzt werden.

#### Lehrerstellen an berufsbildenden Schulen schaffen

An den berufsbildenden Schulen ist der Unterrichtsausfall besonders hoch. Eine echte Kompensation bieten Stillarbeit, Beaufsichtigung durch fachfremde Lehrer oder wenig ausgebildete Aushilfskräfte nicht. Unterrichtsausfall ist daher eine wesentliche Ursache für den vielfach beklagten niedrigen Lernstand. Dem strukturellen Unterrichtsausfall an berufsbildenden Schulen muss daher mit der Schaffung zusätzlicher Lehrstellen begegnet werden.

### Förderwettbewerb MINT-Regionen fortführen

Die Nachfrage nach MINT-Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt nimmt stetig zu. Der MINT-Förderwettbewerb leistet einen wichtigen Beitrag zur MINT-Bildung und soll fortgeführt werden. Dabei sind an den Bedürfnissen der Unternehmen orientierte Qualitätsstandards zu entwickeln, denen entsprechende Projekte und Maßnahmen folgen müssen.

### Ausbildungshindernisse beseitigen – Sprache fördern

Mangelnde Sprachkenntnisse von Auszubildenden mit Migrationshintergrund und unterschiedliche Verwaltungspraxis führen oftmals zu Problemen. Integrations Sprachkurse müssen auf die Bedürfnisse der verschiedenen Zielgruppen zugeschnitten sein und berufsbezogene Sprachförderung muss räumlich und zeitlich flexibler gestaltet werden, damit sie berufsbegleitend erfolgen kann. Erleichterungen und eine einheitliche Vorgehensweise der Ausländerbehörden beim Wechsel aus der Ausbildung in die Anschlussbeschäftigung müssen gesichert sein.

### Landesweite ÖPNV-Tickets für Auszubildende einführen

Nötig sind verbundweite und kosteneinheitliche Azubi-Tickets in allen Verkehrsverbänden zu einem für Auszubildende verträglichen Preis. Mit dem Zukauf eines landesweiten Zuschlagstickets muss die Mobilität von Auszubildenden über Verbundgrenzen hinaus verbessert werden.

### Lebenslanges Lernen forcieren – Fördervoraussetzungen optimieren

Mit dem QualiScheck werden berufsbezogene Weiterbildungen gefördert – ein wichtiger Beitrag zur Fachkräfteentwicklung, zumal die Bildungsprämie entfallen soll. In der Praxis kann jedoch die Antragsfrist von zwei Monaten vor Beginn einer Maßnahme oft nicht eingehalten werden. Die Verkürzung der Antragsfrist auf einen Monat ist praxisnäher und ermöglicht mehr Fachkräften die Förderung durch den QualiScheck.

### Gleichwertigkeit der Bildungssysteme leben

Berufliche und akademische Bildung müssen als gleichwertige Säulen im Bildungssystem anerkannt und in der Realität gelebt werden. Ein erster Schritt ist mit dem Berufsbildungsmodernisierungsgesetz gemacht. Nun muss die Durchlässigkeit der Systeme durch äquivalente Anrechnungen weiter erhöht werden.

### Duales Studium in Lehre und Praxis verbessern

Die Wirtschaft benötigt mehr Absolventen dualer Studiengänge. Durch bessere Qualitätsstandards wird das duale Studium attraktiver und steigende Absolventenzahlen sind wahrscheinlich. Das Land muss daher gemeinsam mit Wirtschaftskammern, Betrieben, Hochschulen und Berufsschulen Standards für Theorie und Praxis des Dualen Studiums entwickeln und praktisch umsetzen. In der Lehre müssen eigenständige Angebote für Dualstudierende Teil des Standards sein und gemeinsame Lehrangebote für duale Studierende und andere Studierende allenfalls die Ausnahme, nicht aber wie gewöhnlich die Regel sein.

### Fachkräftestrategie weiter denken

Die „Fachkräftestrategie für Rheinland-Pfalz 2018 – 2021“ ist die organisationsübergreifende Grundlage zur Bewältigung der Zukunftsaufgabe Fachkräftesicherung und muss über 2021 hinaus mit einer erhöhten wirtschaftspolitischen Priorität fortgeschrieben werden. Die komplexen Abstimmungsprozesse sollen weiter verschlankt werden. So können operative Taskforces der beteiligten Akteure für verbindlichere Umsetzung der Vorhaben sorgen.

### Fachkräfteeinwanderungsgesetz landesweit einheitlich umsetzen

Für Unternehmen und ausländische Fachkräfte ist eine landesweit einheitliche Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (FEG) sehr wichtig. Darum müssen zentrale, leistungsfähige Ausländerbehörden eingerichtet werden. Die enge Kooperation von Landesregierung, Verwaltung, Wirtschaftskammern- und -verbänden soll fortgeführt werden, um das FEG im Land erfolgreich umzusetzen. Unternehmen müssen zudem dauerhaft dabei unterstützt werden, internationale Fachkräfte anzuwerben und zu integrieren.

### Weitere Erwerbspotentiale heben

Durch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, durch betriebliche Gesundheitsförderung sowie durch die bessere Integration von Menschen mit Beeinträchtigungen können zusätzliche Fachkräftepotenziale gehoben werden. Voraussetzungen dafür sind ausreichend Kinderbetreuungs- und Altenpflegeplätze, ein modernes Schulsystem, Informations- und Beratungsangebote zu Gesundheitsfragen sowie unbürokratische Förderungen bei notwendigen Arbeitshilfen oder Umbauten in Unternehmen.

## Leistungsangebote der IHKs



Die rheinland-pfälzischen IHKs fördern die berufliche Bildung als hoheitliche Aufgabe durch ein vielfältiges Leistungsangebot im Prüfungswesen, durch umfassende Beratungen und Imagekampagnen. Das Spektrum wird abgerundet durch die Angebote zur Fachkräftesicherung.

### Praxisnahe Berufsorientierung

Die rheinland-pfälzischen IHKs bieten zahlreiche Kooperations- und Bildungsprojekte entlang der Bildungskette, bei denen die Praxisorientierung im Vordergrund steht. Dazu zählen Berufsorientierungstage, Schülerworkshops, Elternarbeit, Weiterbildungsberatung, Ausbilderschulungen sowie Berufsinformationsmessen.

### Lehrer erleben berufliche Praxis

Die rheinland-pfälzischen IHKs bieten Angebote für Lehrkräfte, um den Einsatz der Digitalisierung in der Wirtschaft zu erleben. Ziel soll es sein, den Lehrerinnen und Lehrern den Einsatz und die Vorteile der Digitalisierung in der Wirtschaft aufzuzeigen.

### Beratung von Ausbildungsbetrieben und Auszubildenden

Egal ob Fragen zur Prüfungsorganisation, zur Anerkennung als Ausbildungsbetrieb oder zur Integration von Geflüchteten und Migranten: Die IHKs geben Betrieben und Auszubildenden Antworten und unterstützen ausbildungswillige Menschen durch Berufsorientierungsangebote oder die Vermittlung von Einstiegsqualifizierungen.

### Aktive Entwicklung und Umsetzung der Fachkräftestrategie Rheinland-Pfalz

Die rheinland-pfälzischen IHKs beteiligen sich aktiv am „Ovalen Tisch“ und der Umsetzung der Fachkräftestrategie des Landes und engagieren sich bei der Zieldefinition.

### Digitale Qualifizierungsangebote

Die IHKs forcieren ihre Aktivitäten bei der Entwicklung von digitalen Formaten zur Mitarbeiterqualifizierung sowie der Konzeption von Kursangeboten im Digitalisierungskontext. Durch gemeinsame Veröffentlichungen schaffen sie Transparenz auf dem Weiterbildungsmarkt und decken so den aktuellen Bedarf der Unternehmen – teilweise in Kooperation mit Bildungsträgern – professionell ab.

### Fachkräfteberatung für Unternehmen

Die IHKs stellen vielfältige Beratungs- und Informationsangebote zur Fachkräftesicherung zur Verfügung und bieten den Mitgliedsunternehmen Orientierung bei deren Aktivitäten. Die IHKs führen zudem regelmäßig Bestandsanalysen wie den Fachkräfte-report durch.

### IHK Welcome Center

Seit 2015 bieten die vier rheinland-pfälzischen IHK Welcome Center ein umfangreiches Serviceangebot für Unternehmen und internationale Fachkräfte durch Beratung zu Anwerbung, beruflicher Anerkennung und Integration. Die IHK Welcome Center wirken vor Ort als Lotsen und fördern im Verbund mit den AHKs die Erwerbsmigration nach Rheinland-Pfalz.

### Initiierung von Kooperationen zwischen Hochschulen und Wirtschaft

Die IHKs initiieren und unterstützen Kooperationen zwischen Hochschulen und Wirtschaft. Sie stellen Plattformen bereit, sind in zahlreichen Hochschulräten und Kuratorien vertreten, arbeiten zusammen mit den Hochschulen vor Ort und landesweit mit der Geschäftsstelle der Dualen Hochschule Rheinland-Pfalz. Sie forcieren dabei stets die Vernetzung sowie den Übergang von Theorie in den betrieblichen Einsatz.

## Gründen, wachsen und erhalten: Damit aus Ideen starke Unternehmen werden

Für Rheinland-Pfalz sind Gründer und Nachfolger von großer Bedeutung. Sie schaffen und erhalten Arbeitsplätze, setzen innovative Ideen um und sind dadurch wichtige Treiber für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Zur Schaffung eines positiven Gründungsklimas sind fördernde Rahmenbedingungen notwendig, dazu zählt auch eine stärkere Verankerung des Themas Unternehmertum in Schulen und Hochschulen. Oftmals erschweren bürokratische Hürden und fehlende Angebote für Gründer und Nachfolger den Schritt in die Selbständigkeit. Dies gilt auch für etablierte Unternehmen, die mit einer schlankeren Bürokratie besser wachsen. Damit Rheinland-Pfalz im Standortwettbewerb der Länder als Wirtschaftsregion attraktiv bleibt, müssen entsprechende gründungs- und unternehmensfreundliche Weichen gestellt und Regelungen vereinfacht werden.

### Handlungsempfehlung der Wirtschaft



#### Unternehmergeist wecken mit startup@school

Unternehmertum und Wirtschaftswissen sind aktuell noch zu wenig in der Bildung verankert. Hier setzt das Bildungsprojekt startup@school an. Die Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz sind Initiator und Umsetzer von startup@school, welches an Schulen theoretisches Wirtschaftswissen mit der unternehmerischen Praxis verknüpft. Eine Unterstützung von startup@school durch das Land steigert das Interesse am Unternehmertum und begünstigt Gründungschancen.

#### Gründungsanreize schaffen

Damit mehr Menschen den Schritt in die unternehmerische Selbstständigkeit in Rheinland-Pfalz wagen, müssen echte Gründungsanreize geschaffen werden. Eine finanzielle monatliche Unterstützung am Anfang der Existenzgründung durch ein Gründerstipendium, zum Beispiel 1.000 Euro monatlich für ein Jahr bei einer innovativen Gründung ähnlich des Förderprogramms in Nordrhein-Westfalen, fördert das Gründungsklima und stärkt Rheinland-Pfalz im Standortwettbewerb.

#### Gründung innerhalb von 48 Stunden ermöglichen

Aufwändige Genehmigungsverfahren, viele unterschiedliche Anlaufstellen und Wartezeiten verzögern und erschweren die Gründung von Unternehmen. Darum müssen digitale Angebote weiterentwickelt werden, so dass Gründerinnen und Gründer möglichst viele Schritte gebündelt und online erledigen können. Eine Gründung binnen 48 Stunden muss zukünftig in Rheinland-Pfalz möglich sein.

#### Unternehmensnachfolge erleichtern

Die Übergabe an die nächste Unternehmergeneration ist für beide Seiten mit Kosten und bürokratischen Hürden verbunden. Darum sind Übergangsphasen bei Betriebsübergaben richtige Steuerungselemente. So müssen fünf Jahre Bestandsschutz für bauliche Maßnahmen und drei Jahre Karenzzeit für steuerliche Betriebsprüfungen gewährt werden.

### Mit der Beraterbörse zum Erfolg

Die Suche nach einem geeigneten Unternehmensberater ist erfolgskritisch und mühevoll, auch weil die KfW-Beraterbörse weggefallen ist. Das Land muss in Abstimmung mit dem Bund einen Ersatz für die Beraterbörse schaffen.

### Mit Hubs zur Digitalisierung

Digitale Hubs sind Anlaufstellen für Start-ups, junge Unternehmen, Mittelstand und Wissenschaft und unterstützen diese praxisnah bei der Digitalisierung, wie Beispiele aus anderen Bundesländern zeigen. In den Hubs müssen von den IHKs zur Verfügung gestellte Digitallotsen eingesetzt werden, die bestehende Netzwerke einbeziehen und zu Förderprogrammen beraten. Die Weiterentwicklung der Innovationsgutscheine zu einem Digitalbonus-Programm ist sinnvoll.

### In den systematischen Abbau von Bürokratie einsteigen

Um Bürokratiebelastung systematisch zu senken, sollte das Land verbindlich nach Bundesvorbild die Bürokratiekosten quantifizieren, die auf eigene Regulierung zurückgehen. Das Ziel effektiver Gesetzgebung muss ein pragmatischer und wirtschaftsfreundlicher Regulierungsrahmen sein, der regelmäßig überprüft wird und zu welchem die kommende Landesregierung gemeinsam mit Stakeholdern (ähnlich Normenkontrollrat Baden-Württemberg) konkrete Vorschläge für Verbesserungen erarbeitet.

### Sonntagsöffnung rechtssicher gestalten

Verkaufsoffene Sonntage sind ein wichtiges Instrument des Stadtmarketings und dienen dem Erhalt lebendiger und Nutzungsgemischter Zentren. Das rheinland-pfälzische Ladenöffnungsgesetz muss den Gewerbetreibenden und Kommunen eine unbürokratische und rechtssichere Sonntagsöffnung an bis zu vier Sonntagen im Jahr, darunter ein Adventssonntag im Dezember, ermöglichen.

### Exportförderung stets im Verbund mit IHKs und AHKs

Die Förderung der deutschen Exportwirtschaft wird maßgeblich vom weltweiten Netzwerk der Auslandshandelskammern mit 140 Büros in 92 Ländern getragen und mit erheblichen Bundesmitteln kofinanziert. Auslandsaktivitäten des Landes Rheinland-Pfalz müssen sich darum immer auf diese vorhandenen Strukturen stützen, da die Schaffung oder der weitere Aufbau von Doppelstrukturen ineffizient sind.

### Förderung von Auslandsmarkterschließung vereinfachen

Messeauftritte und Delegationsreisen sind wichtige Instrumente zur Erschließung von Auslandsmärkten und werden teilweise von verschiedenen Stellen (beispielsweise ISB oder Wirtschaftsministerium) unterstützt. Besser ist es, die Erschließungsmaßnahmen ausländischer Märkte in einem Förderprogramm zu bündeln und dem antragstellenden Unternehmen die freie Wahl des Anbieters zu überlassen.

### Grunderwerbssteuer: Freibetrag bei Ersterwerb

Die Steuerlast für die deutsche und rheinland-pfälzische Wirtschaft ist hoch und ein Handicap im Standortwettbewerb. Während eine große Unternehmenssteuerreform auf Bundesebene weiter auf sich warten lässt, muss das Land die Grunderwerbssteuer senken oder beim Ersterwerb einen Freibetrag von 500.000 Euro auf die Grunderwerbssteuer gewähren. Die Steuerersparnis durch den Freibetrag würde beim aktuellen Steuersatz von fünf Prozent 25.000 Euro betragen. Dies entspricht beispielsweise dem Mindest-Stammkapital einer GmbH.

### Onlinezugangsgesetz wirtschaftsorientiert umsetzen

Im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes müssen Verwaltungsprozesse nicht einfach nur digitalisiert, sondern im Vorfeld auf Vereinfachung und Entbürokratisierung geprüft werden. Die Länder müssen im IT-Planungsrat um den wirtschaftsfreundlichsten Prozess ringen. Bei den Verfahren mit Wirtschaftsbezug sind die Industrie- und Handelskammern einzubinden. Die geplanten Unternehmenskonten der Bundesländer und der Wirtschaftskammern müssen gegenseitig interoperabel ausgestaltet werden.

## Leistungsangebote der IHKs



### Die Starterzentren informieren und beraten

Von der Gründungsidee bis zur tatsächlichen Existenzgründung sind im Vorfeld viele Fragen zu klären. Antworten erhalten die Gründer in den 31 rheinland-pfälzischen Starterzentren der Wirtschaftskammern. Seit 17 Jahren begleiten die Gründungsberater in den regionalen One-Stop-Shops Existenzgründer durch alle Phasen der Unternehmensgründung, von der Erstinformation über die individuelle Beratung bis zur Gewerbeanmeldung.

### Gründungswerkstatt Rheinland-Pfalz

Die Gründungswerkstatt ist ein internetgestütztes Informations-, Qualifizierungs- und Beratungssystem. Damit unterstützen die rheinland-pfälzischen Starterzentren seit 2019 Gründungswillige und Jungunternehmen bei der Planung und Umsetzung ihrer Geschäftsidee und begleiten sie persönlich.

### IHK Lotsen weisen den richtigen Weg

Die ehrenamtlichen und berufs- wie lebenserfahrenen Lotsen der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern ergänzen die Beratung durch Kammern und Unternehmensberater. Vergleichbar mit einem Mentor geben die Lotsen Gründern wie etablierten Unternehmen Orientierung.

## Leistungsfähige Infrastruktur: Basis für Wachstum und Wohlstand

Ohne leistungsfähige Verkehrsträger, Datennetze und ein attraktives Angebot an Flächen für Gewerbe und Industrie fällt Rheinland-Pfalz als Wirtschaftsstandort zurück, verlieren hier ansässige Unternehmen an Wettbewerbsfähigkeit und Rheinland-Pfalz Anziehungskraft.

Aber Erhalt und Ausbau der Infrastrukturen bleiben vielerorts durch langwierige Genehmigungsverfahren und unzureichende Finanzierungsmittel hinter der notwendigen Entwicklung um Jahre zurück. Die Erweiterung oder Neuansiedlung erweist sich für Betriebe zunehmend als problematisch, da geeignete Flächen fehlen und ausgewiesene Flächenreserven sich vielfach als vermeintlicher Flächenüberhang erweisen, der aufgrund von Restriktionen für eine gewerbliche Nutzung nicht zur Verfügung steht.

### Handlungsempfehlung der Wirtschaft



#### Dauerhaft mehr Mittel für Landesstraßen

Im Landeshaushalt stehen jährlich rund 125 Millionen Euro für den Landesstraßenbau zur Verfügung. Der Fokus des Landes liegt auf dem Erhalt der Infrastruktur. Angesichts des maroden Zustandes vieler Straßen und der starken Baupreissteigerungen muss der Etat für den Landesstraßenbau weiter aufgestockt werden. Zugleich braucht es auch mehr Mittel für notwendige Neu- und Ausbaumaßnahmen.

#### Neuralgische Verkehrsbauten ertüchtigen

An vielen Stellen im Land zeigt sich, dass insbesondere Brücken und ihre Zubringer Engpässe für den Verkehr bilden. Dies gilt besonders für die Rheinbrücken. Die Landesregierung muss intakte Verkehrswege und ausreichende Kapazitäten sicherstellen. Dies kann nur durch den Ausbau bestehender Brücken oder Neubauten und eine entsprechende zusätzliche Finanzierung durch Land und Bund gelingen.

#### Planungs- und Baukapazitäten dauerhaft erhöhen

Angesichts des Ingenieurmangels und vieler unbesetzter Stellen beim Landesbetrieb Mobilität müssen Wege gefunden werden, private Planungsbüros besser einzubeziehen und die Ingenieurstellen attraktiver zu gestalten. Dauerhaft höhere Mittel für die Verkehrsinfrastruktur sind nötig, damit die Bauwirtschaft sich auf mehr Aufträge einstellen und nötige Ressourcen vorhalten kann.

#### Mit schnelleren Genehmigungsverfahren zum Ziel

Lange Genehmigungsverfahren blockieren den Infrastrukturausbau in vielen Bereichen. Maßnahmen des Bundes zur Verfahrensbeschleunigung müssen daher unterstützt und eigene Maßnahmen auf Landesebene geprüft und umgesetzt werden, zum Beispiel die Zusammenführung von Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren. Ziel müssen kürzere förmliche Verfahren unter Einhaltung von Planungsfristen sein.

#### Abladeoptimierung im Bereich Mittelrhein

Für die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz ist der Rhein ein attraktiver Verkehrsträger mit Wachstumspotenzial. Damit dieser für den Güterverkehr besser genutzt werden kann, muss die Fahrrinntiefe vor allem im Bereich Mittelrhein den Anforderungen der modernen Schifffahrt angepasst werden. Die Landespolitik muss die Verantwortlichen auf Bundesebene weiterhin hierfür sensibilisieren.

#### Sicherung von Hafen- und Logistikflächen

Das Land muss Hafen- und Logistikflächen planerisch sichern, zum Beispiel durch die Ausweisung als bedeutsame Gewerbefläche oder als Vorranggebiet („Gewerbeschutzgebiete“). Das gilt insbesondere für Häfen oder Kombiterminals. Das aktuelle Hafengutachten des Landes greift diese Gedanken auf, die im Landesentwicklungsprogramm (LEP V) sichergestellt werden müssen.

#### Zukunft am Hahn gestalten

Der Flughafen Hahn stellt auch in der kommenden Legislaturperiode alle Akteure vor große Herausforderungen. Mit uneingeschränkter 24 h-Betriebserlaubnis kann der Hahn Bestandteil internationaler Logistikketten sein und die Region stärken, muss hierzu jedoch ab 2024 ohne Betriebsbeihilfen auskommen. Damit dies gelingen kann, ist die weitere Verbesserung der Standortbedingungen und die Optimierung der Verkehrsanbindung B50 neu Richtung Hochmoselübergang nötig.

#### Mobilität wirtschaftsverträglich gestalten

In einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz ist Mobilität besonders wichtig. Hierzu zählt auch die Erreichbarkeit der Innenstädte durch einen Mobilitätsmix aus Individual- und öffentlichem Personennahverkehr. Die weitere Erprobung von City-Logistik-Konzepten kann einen zusätzlichen Beitrag zu einem wirtschaftsverträglichen Stadtverkehr von morgen leisten.

#### Schnellerer Aufbau der Mobilfunknetze von heute und morgen

Lücken im 4G-Mobilfunknetz (LTE) müssen umgehend identifiziert und geschlossen werden. Hierzu und auch für den Aufbau eines 5G-Netzes muss die Errichtung von Mobilfunkmasten durch vereinfachte Genehmigungsverfahren und durch Bereitstellung von landeseigenen Liegenschaften beschleunigt werden. Die „Clearingstelle Mobilfunk“ muss personell ausreichend ausgestattet werden, um vor Ort die Akzeptanz für den Mobilfunkausbau zu erhöhen.

### Glasfaserausbau vorantreiben und bedarfsgerecht fördern

Um die Digitalisierung weiter voran zu bringen, ist ein flächendeckender, leistungsfähiger glasfaserbasierter Ausbau der digitalen Infrastruktur notwendig. Gerade in ländlich geprägten Flächen muss der Ausbau verstärkt werden, um im internationalen Vergleich den Anschluss nicht zu verpassen. Ebenso muss die Digitalisierung in den Betrieben durch Fördermöglichkeiten insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen gestärkt werden.

### Stärkung des ländlichen Raumes

Aktive Regionalpolitik stärkt kleine und mittelgroße Städte und entwickelt diese zu modernen Wachstumszentren im ländlichen Raum weiter. Dies hilft, dem Trend zur Abwanderung in Metropolregionen bis hin zur wirtschaftlichen Verödung entgegenzuwirken. Die Landesregierung muss weiter darüber nachdenken, wie ländliche Räume stabilisiert werden können – durch eine Regionalpolitik, die durch gute Rahmenbedingungen das Entstehen von Unternehmen und Arbeitsplätzen begünstigt.

### Langfristige Flächenentwicklung für Gewerbe verbessern

Auf Grundlage der Vorstudie zur Gewerbe- und Industrieflächenstrategie 2030 muss auf eine angemessene und flexible Ausstattung mit Flächen hingewirkt werden. Landes- (LEP V) und Regionalplanung müssen dies durch zeitgemäße Planungsinstrumente (zum Beispiel Gewerbeflächenkonzepte, Flächenpoolösungen, interkommunale Kooperationen, Deponieflächen) unterstützen.

### Nachverdichtung in Industrie- und Gewerbegebieten prüfen

Die Möglichkeiten zur Nachverdichtung und besseren Auslastung vorhandener Industrie- und Gewerbegebiete müssen durch höhere Bebauungsdichten, Abbau von Nutzungshemmnissen und Qualifizierung bestehender Gewerbegebiete konsequent geprüft und genutzt werden.

### Einführung eines Gewerbeflächen-Monitorings

Die verlässliche Darstellung verfügbarer Gewerbeflächen ist eine wichtige Information für Unternehmen, Bestandteil erfolgreichen Regionalmarketings und zentrales Steuerungsinstrument gewerblicher Siedlungsentwicklung. Die Wirtschaft fordert daher die Einführung eines Gewerbeflächen-Monitorings und Verknüpfung mit einem technisch weiterentwickelten digitalen Angebot zur Gewerbeflächenvermarktung.

## Leistungsangebote der IHKs



### Regionale Beteiligung und Mitwirkung

Die IHKs unterstützen und begleiten gemeinsam mit weiteren Akteuren regionale Initiativen, wie die „Initiative Anschluss Zukunft“ oder das „Forum A1-Lückenschluss“. Sie setzen sich beispielsweise für die Rheinbrücke Wörth im Zuge der B 293 oder den Ausbau der B 10 ein. Die Verkehrsausschüsse der IHKs agieren als Plattform für branchenübergreifenden Austausch und bereiten Resolutionen für die IHK-Vollversammlungen vor.

### Akzeptanz des Mobilfunkausbaus erhöhen

Die IHKs unterstützen die Aufgabe der „Clearingstelle Mobilfunk“, die Akzeptanz des Mobilfunkausbaus zu erhöhen und durch Darstellung der Faktenlage nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Forschung zur Versachlichung der Diskussion beizutragen.

### Mitwirkung bei der Industrie- und Gewerbeflächenstrategie Rheinland-Pfalz 2030

Die IHKs unterstützen das Ziel, Rheinland-Pfalz durch eine abgestimmte Industrie- und Gewerbeflächenstrategie 2030 zukunfts- und wettbewerbsfähig aufzustellen. Sie wirken durch Mitarbeit im begleitenden Projektbeirat und eine Einbindung ihrer Mitgliedsunternehmen aktiv an der Strategieentwicklung mit und unterstützen die Kommunen im Rahmen der Bauleitplanung bei der Ausweisung neuer Gewerbeflächen.

### Entwicklung des ländlichen Raumes

Die IHKs arbeiten auf regionaler wie landesweiter Ebene als Vernetzer und Impulsgeber vor Ort mit an erfolgreichem Regionalmarketing und der Weiterentwicklung der Regionen in Gänze.



# Klima- und Energiepolitik: Nachhaltigkeit wirtschaftsverträglich gestalten

Die Themen Stromerzeugung, Stromnetz, wie auch die Versorgung mit Brennstoffen und alternativen Energieträgern sind politisch und gesellschaftlich derzeit umstritten. Die aktuelle Klima- und Energiepolitik führt zu erheblichen Belastungen für die Unternehmen und besonders der Industrie. Eine energetische Grundlastsicherung auch im Millisekundenbereich ist standortrelevant.

Eine Monitoring der Energieversorgung auf Landesebene ist darum sinnvoll. Sie erfordert große Investitionen zur Um- und Neugestaltung von Geschäftsmodellen sowie Produktionsabläufen und Produkten. Andere große Volkswirtschaften sind weit von einem ähnlich ambitionierten Klimaschutzkurs wie dem deutschen entfernt. Es gilt, auf Bundesebene auf einen wirksamen Klimaschutz für Deutschland im multinationalen Kontext und auf die Vermeidung des „Carbon-Leakage“ hinzuwirken.

## Handlungsempfehlung der Wirtschaft

### Energienetzinfrastruktur ausbauen

Der Ausbau der Netzinfrastruktur in Deutschland muss stark beschleunigt werden. Das Land muss im Bund darauf drängen, schnellstens Hemmnisse beim Ausbau der Netzinfrastruktur zu beseitigen. Die Landesregierung muss die Ausgestaltung des LEP IV prüfen, Regulierungen, die den Netzausbau behindern beseitigen und diesen Weg im LEP V fortführen.

### Belastungen der Energiewende kommunizieren und Kosten senken

Die Wirtschaft sieht die Politik in der Pflicht, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaftsunternehmen durch unverzügliche Anpassungen und Entlastungen in der Strompreispolitik zu stärken und die unmittelbaren wie mittelbaren Kostenwirkungen der eingeschlagenen Klima- und Energiepolitik in Richtung Gesellschaft transparent zu kommunizieren.

### Technologieoffene Innovationen fördern

Eine deutlich ausgeweitete FuE-Förderung soll sowohl monetäre als auch steuerliche Anreize enthalten und sich durch Technologieoffenheit auszeichnen. Programme zur Förderung von Forschung und Entwicklung auf Bundes- und Landesebene sollen in den Themenfeldern Klimaschutz und Wirtschaftswachstum zusammengefasst und breit kommuniziert werden.

### Nachhaltigkeitsdialog starten

Die Landespolitik soll einen Nachhaltigkeitsdialog „Klimaschutz und Wachstum“ mit den Stakeholdern aus Wirtschaft und Gesellschaft eröffnen. Sein Auftrag ist, die Grundlagen für eine wirtschaftsverträgliche Klimapolitik zu beschreiben. Ziel ist eine Nachhaltigkeitsallianz zu bilden, um den Veränderungsprozess zu begleiten.

## Leistungsangebote der IHKs

### Energieeffizienznetzwerke

Die Industrie- und Handelskammern engagieren sich für und mit ihren Mitgliedsunternehmen im Bereich der Energieeffizienz und der Innovation. Sie tragen durch die Einrichtung von Energieeffizienz-Netzwerken gemeinsam mit ihren Mitgliedsunternehmen zur Steigerung betrieblicher Energieeffizienz und der Reduktion der Energiekosten bei.

### Energie-Scouts

Die Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz sensibilisieren bereits seit Jahren Auszubildende und bieten Jugendlichen die Weiterbildung zum „IHK-Energie-Scout“ an. Die Energie-Scouts suchen in ihren Betrieben nach Möglichkeiten, die Energieeffizienz zu steigern.

### Innovation regional fördern

Um im Wettbewerb erfolgreich zu bleiben, ist für Industrieunternehmen gleichermaßen der Zugang zu Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen wichtig. Die Erprobung und Einführung neuer Technologien und innovativer Produkte ist mit vielen Unwägbarkeiten verbunden. Die IHKs bilden Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft und stärken den Transfer durch Informationen, Beispiele sowie Auszeichnungen für hervorragende Zusammenarbeit.

### Technologie- und Innovationsberatung

Die IHKs bieten Technologie- und Innovationsberatung sowie Beratung zu möglichen Förderungen und haben sich im Innovations-Netz Rheinland-Pfalz zusammengeschlossen. Ziel ist es, die Mitgliedsfirmen bei der Entwicklung neuer Produkte bzw. Dienstleistungen und bei der Weiterentwicklung von Produktionsprozessen zu unterstützen.

## IHKs: KRITISCHE UND KONSTRUKTIVE BEGLEITER DER POLITIK

Die Industrie- und Handelskammern (IHKs) sind die Instanz der Selbstverwaltung der Wirtschaft. Sie haben den gesetzlichen Auftrag, das Gesamtinteresse der Gewerbetreibenden ihres jeweiligen IHK-Bezirks wahrzunehmen. Hierzu wirken sie unter anderem als kritischer und konstruktiver Begleiter auf die Politik ein und nehmen damit ihre Funktion als wirtschaftliche Interessenvertretung in der Region, im Bundesland und im Bund wahr. Die vier rheinland-pfälzischen IHKs bilden auf Landesebene eine Arbeitsgemeinschaft, die die Vertretung des Gesamtinteresses der rund 250.000 Mitgliedsunternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistungen gegenüber der Bundes- und Landespolitik sowie gegenüber anderen Organisationen arbeitsteilig organisiert hat.

## Impressum



**Verleger und Herausgeber:**  
IHK-Arbeitsgemeinschaft  
Rheinland-Pfalz c/o IHK Koblenz  
Schlossstraße 2  
56068 Koblenz  
☎ 0261 106-0  
@ service@koblenz.ihk.de  
🌐 ihk-rlp.de

**Ansprechpartner**  
Fabian Göttlich  
Wirtschaftspolitischer Sprecher  
IHK-Arbeitsgemeinschaft  
Rheinland-Pfalz  
☎ 0261 106-214  
@ goettlich@koblenz.ihk.de

**Redaktion:**  
Tom Ankrichner, Michael Böffel,  
Wilfried Ebel, Lisa Haus,  
Ralf Lawaczek

Stand: 17. März 2020

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.



Schlossstraße 2  
56068 Koblenz  
☎ 0261 106-0  
@ service@koblenz.ihk.de  
🌐 ihk-koblenz.de



Ludwigsplatz 2 – 4  
67059 Ludwigshafen  
☎ 0621 5904-0  
@ service@pfalz.ihk24.de  
🌐 pfalz.ihk24.de



Schillerplatz 7  
55116 Mainz  
☎ 06131 262-0  
@ service@rheinessen.ihk24.de  
🌐 rheinhessen.ihk24.de



Herzogenbuscher Str. 12  
54292 Trier  
☎ 0651 9777-0  
@ service@trier.ihk.de  
🌐 ihk-trier.de



Arbeitsgemeinschaft  
Rheinland-Pfalz